



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### **Haushaltsplan 2022;**

**hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten für die  
Wirtschaft  
(Kap. 07 03 Tit. 894 56)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 03 wird der Ansatz im Tit. 894 56 (Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Schulungsstätten für die Wirtschaft) von 4.100,0 Tsd. Euro um 1.900,0 Tsd. Euro auf 6.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 05 Tit. 891 75 eingesparten Mitteln.

### **Begründung:**

Bedauerlicherweise wird in Deutschland das Potenzial zur Vermögensbildung immer weiter eingeschränkt. So ist das durchschnittliche Vermögen pro Erwachsenen in Deutschland deutlich niedriger als in den meisten anderen Industrieländern. Sie betrug laut Credit Suisse Research Institute 56,7 Tsd. Euro. In Frankreich waren es dagegen 115,8 Tsd. Euro, in Italien 103,0 Tsd. Euro und in Spanien 91,7 Tsd. Euro. Nur die Griechen waren mit 50,0 Tsd. Euro weniger wohlhabend.

Der Großteil der bayerischen Privathaushalte spart trotz erheblicher Nettoverluste durch den EZB-Negativzins (jährlich 34,5 Milliarden Euro bzw. knapp 500 Euro pro Erwachsenen) weiterhin sein Einkommen in klassischen Bank-Einlagen.

Leider sind die Deutschen gleichzeitig traditionell „risikoavers“ und eher skeptisch, in Wertpapiere zu investieren. Während in Deutschland nur 10,9 Prozent der Privathaushalte Aktien besitzen, sind dies in Frankreich 11,3 Prozent und in Spanien 11,6 Prozent. 10 Prozent der italienischen Haushalte besitzen Anleihen, in Deutschland hingegen nur 3,2 Prozent. Und in Finnland hält 26 Prozent der Haushalte Aktien.

Deshalb ist es notwendig, mehr Bürgern zu helfen, mehr Geld nicht auf „Sparbüchern“ anzulegen, sondern in andere Anlageformen zu investieren.

Eine breite Bildung in grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhängen und im gemeinen Finanzwesen ist geboten, damit mehr Bürger die richtige Geldanlage für die Vermögensbildung lernen. Aus diesem Grund sollte nach finnischem und österreichischem Vorbild das Fachgebiet „Ökonomische Bildung und Finanzwissen“ als zusätzliches freiwilliges Lehrfach in der Sekundarstufe II mit Teilnahme am entsprechenden PISA-Modul eingeführt werden. Des Weiteren bedarf es lebenslanger berufsbegleitender Lehrangebote im Bereich „Ökonomische Bildung und Finanzwissen“.

Diese Forderungen werden von der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und führenden Ökonomen, wie Dr. Daniel Stelter, unterstützt.